

A b s c h r i f t

An das
Bundesministerium für Arbeit, Soziales
und Konsumentenschutz
Arbeitsrecht und Zentral-Arbeitsinspektorat
Stubenring 1
1010 Wien

Präsidentenkonferenz der Landwirt-
schaftskammern Österreichs

Schauflergasse 6
1014 Wien
Tel. 01/53441-8580
Fax: 01/53441-8529
www.lk-oe.at
sozial@lk-oe.at

Mag. Ulrike Österreicher
DW: 8583
u.oesterreicher@lk-oe.at
GZ: II/2-082012/A-61

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und das
Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden**
GZ: BMASK-461.201/0008-VII/A/3/2012

Wien, 4. September 2012

Die Landwirtschaftskammer Österreich erlaubt sich zu dem im Betreff angeführten Begutach-
tungsentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Es besteht grundsätzlich kein Einwand gegen den vorliegenden Entwurf. Ausdrücklich be-
grüßt wird die neue Regelung des § 62 Abs 8 ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, mit der eine
Ausnahme vom Führen eines Verzeichnisses über Kran- und Staplerfahrer vorgesehen wird.
Durch diese Regelung wird eine Reduktion der Verwaltungslasten der Unternehmer ohne
Senkung des Schutzniveaus der ArbeitnehmerInnen erreicht.

Vor dem Hintergrund stetig neuer Verpflichtungen und Auflagen im Zusammenhang mit der
Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen, welche die Produktionskosten erhöhen und den Wirt-
schaftsstandort Österreich belasten, sollten die Anstrengungen überbordende bzw. sachlich
entbehrliche Regelungen auf ein vernünftiges Niveau zu führen bzw. zu entfernen weiter
intensiviert werden.

Wunschgemäß wird diese Stellungnahme in elektronischer Form dem Präsidium des Natio-
nalrates zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Wlodkowski
Präsident der
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich